

Tages dem Militär-Industrie-Komplex der BRD zur Anzettelung militärischer Abenteuer dient!“

Gegen diese drohende Gefahr setzen sich die sozialistischen Staaten und in zunehmendem Maße auch die Friedenskräfte kapitalistischer Staaten Europas zur Wehr.

Um der starken Ablehnung des neuen Rüstungswahnsinns der NATO unter den Völkern Westeuropas und auch in der BRD zu begegnen, kaschierten BRD-Politiker, insbesondere die SPD-Führung, ihre Zustimmung zum Raketenrüstungsprogramm der NATO heuchlerisch mit einer scheinbaren Abrüstungsbereitschaft. Sie verbreiteten die Parole „erst auf rüsten, dann verhandeln“.

Mit diesem betrügerischen Vorgehen wurde dem USA-Imperialismus grünes Licht für die Produktion und Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen verschafft.

Alle Erfahrungen in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen besagen eindeutig: Wenn solche Waffen erst einmal entwickelt und stationiert sind, dann sind sie aus den Rüstungsarsenalen nur schwer oder überhaupt nicht wieder weg-

zubringen. Es steigt vielmehr die Gefahr, daß die Rüstungsspirale außer Kontrolle gerät.

Wir haben es bei der Losung „erst rüsten, dann verhandeln“ also keineswegs mit einer NATO-Erklärung zu erhöhter Verhandlungs- und Abrüstungsbereitschaft zu tun, sondern mit einem neuerlichen Versuch der imperialistischen Staaten, sich militärische Vorteile zu verschaffen, um die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages von einer „Position der Stärke“ aus zu erpressen. „Um erfolgreich verhandeln zu können, brauchen wir Stärke“, verkündete der NATO-Oberbefehlshaber, US-General Rogers.

Aber die Staaten des Warschauer Vertrages sind nicht zu erpressen. Ihre Außen- und Militärpolitik ist und bleibt auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Vom Charakter ihrer Gesellschaftsordnung her sind sie für Entspannung, bedingt doch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, daß jeder Schritt zur Abrüstung Mittel für ihre kontinuierliche, auf das Wohl der Völker gerichtete Politik freisetzt.

chen an der New-Yorker Börse fielen, stiegen die der Rüstungskonzerne erheblich an. Sie erzielten 1979 einen durchschnittlichen Kursgewinn von 35 Prozent. Und der Trend ist weiter steigend.

Führende BRD-Politiker können also für sich den „traurigen Ruhm“ in Anspruch nehmen, für die Superprofite der USA- und BRD-Rüstungsmonopole die Entspannung sowie den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas „nach besten Kräften“ aufs Spiel gesetzt zu haben.

Es würde sicher niemanden überraschen, wenn künftig aus den reaktionären Kreisen der BRD immer massivere Forderungen nach noch mehr Macht und "noch mehr Einfluß in der NATO kämen. Ohnehin drängt sich die Frage auf: Wie weit sind eigentlich noch die NATO-Generale der BRD von der Verfügungsgewalt über Atomwaffen entfernt? Planen sie doch schon ihren Einsatz und kommandieren sie doch bereits von NATO-Befehlsmitteln aus jene USA-Truppen, die in den kommenden Jahren mit Pershing II und Cruise Missiles ausgerüstet werden sollen.

Was die DDR betrifft, so stellte Genosse Erich Honecker auf der 11. Tagung des Zentralkomitees fest, wird sie „im engen Kontakt mit der Sowjetunion und ihren anderen Verbündeten alles Erforderliche tun, um sowohl durch ihren Beitrag zur Erhöhung der Verteidigungskraft der Staaten des Warschauer Vertrages die eigene Sicherheit zu gewährleisten, als auch den Kampf um Frieden und Abrüstung mit Beharrlichkeit und Energie fortzusetzen“.³

Heinrich Nölting

Für Superprofite wird die Entspannung aufs Spiel gesetzt

Anders in den NATO-Staaten. Dort ist allein der Profit Maß aller Dinge. Und den hatte NATO-Chef Rogers dann wohl auch besonders im Visier, als er jüngst aus dem NATO-Hauptquartier verkündete: „Die Erhöhung der Rüstungsbudgets muß garantiert werden, wie schreiend die sozialen und ökonomischen Probleme in den einzelnen Ländern des atlantischen Bündnisses auch sein mögen.“

Soziale Probleme sind uns egal — so sprechen und handeln die Verfechter des imperialistischen Wettrüstens und die Rüstungshaie der USA und ande-

rer führender NATO-Staaten. Sie wollen die neuen Raketen für ihr Macht- und Vorherrschaftsstreben und auch den Profit aus dem insgesamt Fünf-Milliarden-Projekt. „Allein die USA-Firma Marietta kassiert aus der Einführung der Pershing II bis 1981 die Summe von 1,5 Milliarden Dollar. Um den Cruise-Missiles-Auftrag in Höhe von rund zwei Milliarden Dollar raufen sich die USA-Rüstungskonzerne Boeing und General Dynamics in erbittertem Konkurrenzkampf. Während die Aktien der amerikanischen Autokonzerne und einiger anderer Industriebran-

1) „Neues Deutschland“, 18. Januar 1980, S.3

2) Heinz Hoffmann, 11. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1979, S. 113

3) Erich Honecker, ebenda, S.15